

SoVD präsentiert Bildungsbarometer in sechs Kategorien zur Bestandsaufnahme

Inklusion: Wenige Fortschritte in den Ländern

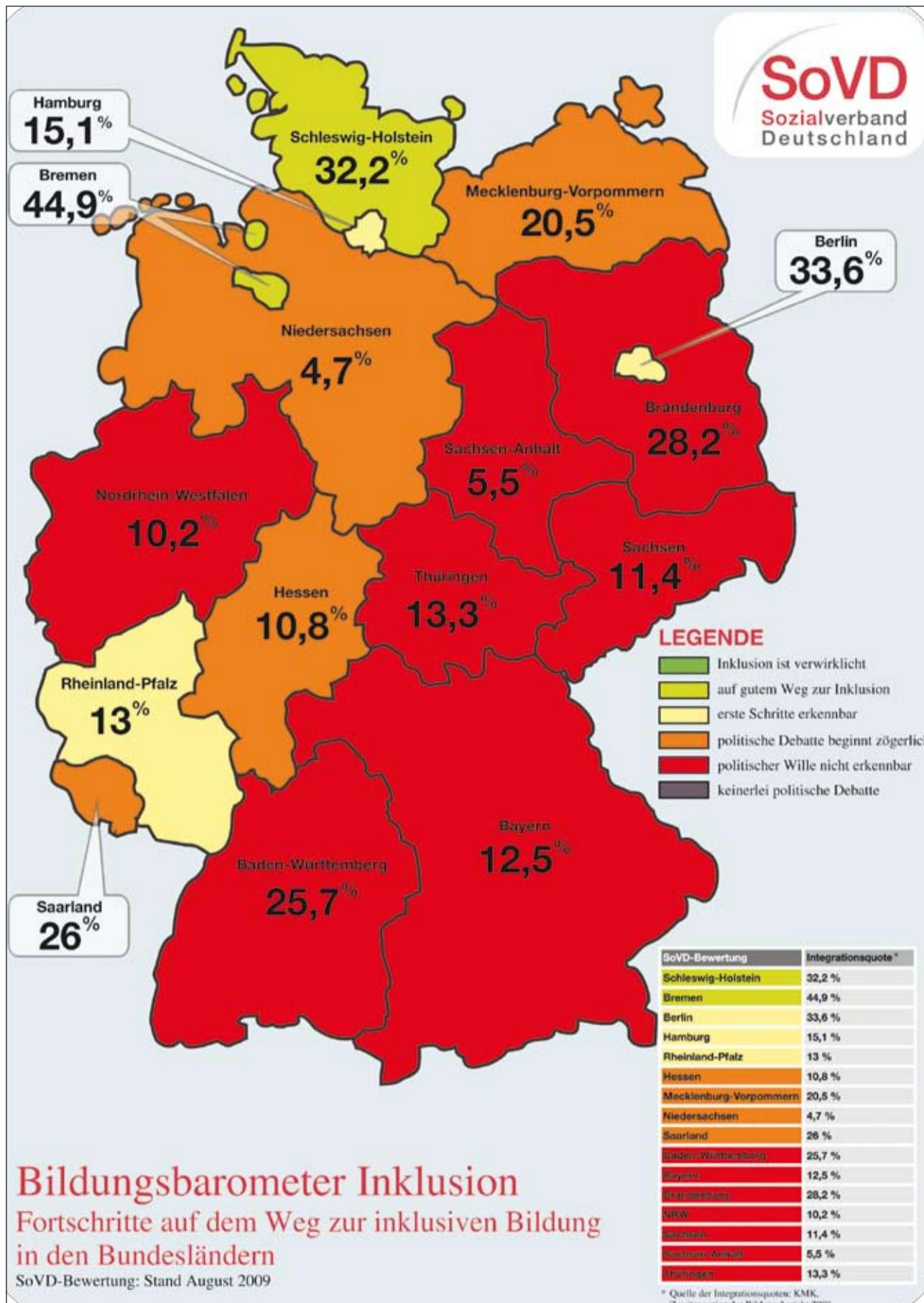
Die Bundesländer machen zu wenige Fortschritte bei der Integration behinderter Schüler an allgemeinen Schulen. Bislang erfüllen die meisten Bundesländer nicht ansatzweise ihre Verpflichtung, behinderte und nicht behinderte Kinder in der Regel gemeinsam zu unterrichten. Das ist das Ergebnis des Bildungsbarometers Inklusion, das der SoVD erstmals im Rahmen

einer Pressekonferenz vorlegte. „In vielen Bundesländern steht die Aufnahme behinderter Kinder an einer allgemeinen Schule noch unter Vorbehalt. Eltern müssen jedoch einen verbindlichen Rechtsanspruch auf die Aufnahme ihres lernbehinderten oder behinderten Kindes erhalten“, stellte SoVD-Präsident Adolf Bauer unter anderem fest.

Deutschland hat sich mit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention zur Schaffung eines inklusiven Bildungswesens verpflichtet. Eine erste Bestandsaufnahme ist allerdings ernüchternd: Die einzigen Bundesländer, in denen nennenswerte, konkrete Fortschritte gemacht worden sind, sind Schleswig-Holstein und Bremen. Schon bisher belegten beide Länder einen Spitzenplatz bei den Integrationsquoten behinderter Schüler und haben seit dem Inkraft-Treten der UN-Konvention einiges unternommen, um die inklusive Bildung voranzubringen.

In drei Bundesländern – Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz – wurde immerhin der Handlungsbedarf erkannt. In vier Bundesländern beginnt die politische Debatte nur zögerlich und sieben Bundesländer nehmen sogar eine reservierte bis ablehnende Haltung gegenüber der inklusiven Bildung ein.

Für die Eltern von rund 500 000 behinderten und lernbehinderten Kindern ist die Situation zu Beginn des neuen Schuljahres nach wie vor überwiegend unbefriedigend. Konkrete Verbesserungen sind kaum greifbar. Selbst in Bundesländern, die bereits jetzt hohe Integrationsquoten aufweisen, sind die Bedingungen für den integrativen Unterricht noch keineswegs zufriedenstellend. Ermutigend ist, dass in vielen Bundesländern Behindertenverbände und Elterninitiativen aktiv geworden sind. Der SoVD fordert deshalb die Bundesländer auf, die Umsetzung der inklusiven Bildung als eine zentrale bildungspolitische Aufgabe entschiedener voranzubringen. Behinderte Kinder brauchen endlich bessere Bildungschancen und damit auch bessere berufliche Perspektiven. In diesem Kontext machte SoVD-Präsident Bauer im Rahmen der Pressekonferenz deutlich: „Nur 15,7 Prozent der Kinder mit Behinderungen und Lernbehinderungen gehen auf eine allgemeine Schule. 84,3 Prozent besuchen eine Sonderschule, die mittlerweile Förderschule heißt. Die UN-Konvention sieht vor, dieses Verhältnis umzukehren. Künftig sollen 80 bis 90 Prozent der behinderten Kinder an allgemeinen Schulen unterrichtet werden.“ Dies sei machbar, wie das Beispiel vieler europäischer Länder zeige, sagte der SoVD-Präsident und belegte diese Aussage mit entsprechenden Zahlen: „In Großbritannien, Portugal, Schweden und Norwegen werden



über 90 Prozent der Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet.“

Mit dem Bildungsbarometer Inklusion möchte der SoVD einen Überblick geben, welche Fortschritte die Bundesländer in den vergangenen Monaten auf dem Weg zur inklusiven Bildung erreicht ha-

ben. In die Bewertung ist vor allem eingeflossen, ob und inwieweit die Bundesländer konkrete Fortschritte gemacht haben oder der politische Wille hierzu besteht. Wichtig sind auch die Aktivitäten von Behindertenverbänden und bildungspolitischen Initiativen.

Auf der Deutschlandkarte sind die Fortschritte in Farben dargestellt (siehe Barometer rechts). In Bremen liegt die Integrationsquote behinderter Schüler bei 44,9 Prozent, in Schleswig-Holstein bei 32,2. Beide Länder liegen auch vorn bei den Fortschritten seit dem Inkrafttreten der UN-Konvention. So unternahm Schleswig-Holstein erhebliche Anstrengungen, um die Integration behinderter Kinder voranzubringen. Es wurden ein Inklusionsbüro beim Sozialministerium und eine Beratungsstelle „Inklusive Schule“ für Eltern, Lehrer und Schüler eingerichtet. Darüber hinaus wurden zahlreiche Veranstaltungen einschließlich einer „Denkfabrik zur inklusiven Bildung“ durchgeführt. Die Anstrengungen zeigen Erfolge und erklärtes Ziel ist es, binnen zehn Jahren eine Integrationsquote von 85

Prozent zu erreichen. Auch in Bremen hat die UN-Konvention bereits zu ersten spürbaren Veränderungen geführt. Im Juni wurde ein Gesetz verabschiedet, das eine verstärkte Integration behinderter Kinder in Regelschulen zum Ziel hat.

In zwei Jahren muss Deutschland seinen ersten Monitoring-Bericht bei den Vereinten Nationen vorlegen, der Fortschritte bei der Umsetzung der Konvention dokumentiert. In diesem Herbst werden auch politisch die Weichen gestellt. Ende September wird die Amtschefkonferenz der Kultusminister voraussichtlich über die bisherigen Ergebnisse der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Überarbeitung der Empfehlung zur sonderpädagogischen Förderung“ beraten. Die Arbeitsgruppe, an der seit Januar 2009 auch der SoVD, die Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam Lernen e.V.“ und der Deutsche Behindertenrat beteiligt sind, hat Vorschläge zur Umsetzung der inklusiven Bildung erarbeitet.

Das „Bildungsbarometer Inklusion“ mit Deutschlandkarte sowie der Forderungskatalog des SoVD sind abrufbar unter www.sovd.de.

Barometer Inklusion

Die Bewertung im SoVD-Bildungsbarometer Inklusion umfasst sechs Kategorien:

Dunkelgrün: Inklusion ist verwirklicht

Behinderte und nicht behinderte Kinder können gemeinsam lernen. Hierzu wurden die gesetzlichen Regelungen geschaffen. Auch die schulische Praxis wurde verändert: Behinderte Kinder erhalten an der Regelschule die bestmögliche Förderung, sodass sie nicht mehr an die Sonderschule wechseln müssen.

Der Unterricht trägt den individuellen Bedürfnissen, auch der Kinder mit Behinderungen, Rechnung. Vielfalt wird endlich normal an der Regelschule.

Hellgrün: auf gutem Weg zur Inklusion

Es besteht der politische Wille, den Handlungsbedarf anzugehen und die inklusive Bildung umzusetzen. Es wurden bereits überzeugende Schritte eingeleitet, um auf dem Weg zur inklusiven Bildung entscheidend voranzukommen.

Gelb: erste Schritte erkennbar auf dem Weg zur Inklusion

Politisch wurde der Handlungsbedarf für inklusive Bildung bereits erkannt, wenngleich der politische Wille zur Umsetzung weiterentwickelt werden muss.

Orange: politische Debatte zur Inklusion beginnt zögerlich

Der Handlungsbedarf in Bezug auf inklusive Bildung besteht. Er wird jedoch von den politischen Entscheidungsträgern nicht entschlossen genug angegangen. Stattdessen kommt die Debatte nur zögerlich in Gang. Initiativen der Zivilgesellschaft stimmen optimistisch.

Rot: politischer Wille zur Inklusion nicht erkennbar

Der erhebliche Handlungsbedarf in Bezug auf inklusive Bildung wird bisher von den politischen Entscheidungsträgern nicht anerkannt oder sogar abgewehrt. Die inklusive Bildung taucht auf der politischen Agenda der Landesregierung erst gar nicht auf, oder es wird die Notwendigkeit von Veränderungen gelehnt. Erste Initiativen von Verbänden sind erkennbar.

Dunkelrot: keinerlei politische Debatte zur Inklusion

Es besteht großer Handlungsbedarf in Bezug auf inklusive Bildung, der jedoch von den politischen Entscheidungsträgern gelehnt wird. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen gibt es nicht. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat keinerlei Impulse in die Debatte zur inklusiven Bildung getragen.

BEILAGENHINWEIS

Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Witt Weiden / Sieh an! bei.



Foto: Schlemmer

SoVD-Präsident Adolf Bauer (im Bild mit Bundespressesprecherin Dorothee Winden, li., und Referentin Claudia Tietz, re.) präsentierte das SoVD-Bildungsbarometer Inklusion im Rahmen einer Pressekonferenz.